

Putins erste Phase – Konsolidierung Rußlands?

Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen
des ersten Halbjahres 2001

Falk Bomsdorf*

Die ersten anderthalb Jahre der Präsidentschaft Vladimir Putins sind vorbei: Anlaß für Bewertungen und Ausblicke. Entsprechende Analysen finden sich denn auch in den Fachzeitschriften und den für die Intelligenz geschriebenen Zeitungen, vor allem den Wochenblättern. Die Zahl dieser Veröffentlichungen ist allerdings nicht eben groß. Fast hat man den Eindruck, viele Autoren zögerten noch, weil ihnen immer noch nicht klar ist, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Hinzu kommen mag, daß niemand sich mit kritischen Analysen die Finger verbrennen will; und Elogen im alten Stil scheinen zum Glück noch nicht wieder in Mode. Häufig drucken Zeitschriften und Zeitungen die Diskussionen von »Runden Tischen« ab, die sie selbst zum Zwecke der Analyse von Putins erster Phase organisiert haben. Das bietet den Vorteil, daß sich Kritik und Zustimmung die Waage halten können und ein – durchaus berechtigter – Eindruck von Pluralismus entsteht. Veröffentlichungen zum Tschetschenienkrieg bewerten letztlich ebenfalls die Politik des Präsidenten; sie rücken in den kritischen Zeitungen in den Vordergrund – ganz im Unterschied zum Westen, wo dieser Krieg nahezu vergessen zu sein scheint.

Rußland – eine Wahlautokratie?

Zu den mit Blick auf das System Putin kritischen Stimmen gehört die bedeutende Politologin **Lilia Ševcova**, Mitarbeiterin des Moskauer Carnegie-Zentrums. Von ihr ist in der Aprilnummer von *Svobodnaja mysl*¹ ein

Artikel unter dem Titel »Die Logik der Wahlautokratie« erschienen, der eine der brilliantesten Analysen der bisherigen Präsidentschaft Vladimir Putins darstellt. Die Autorin stellt dem ersten Jahr Putins zunächst die acht Jahre Boris Jelzins gegenüber. Die Präsidentschaft Jelzins sei ein

¹ *Svobodnaja mysl*, ein »theoretisch-politisches Journal«, ist von 1924 bis 1952 unter dem Namen *Bolschewik* und bis 1991 unter dem Namen *Kommunist* erschienen und vom Zentralkomitee der KPdSU herausgegeben worden. Heute sozialdemokratischen und teilweise auch linksliberalen Kräften nahestehend, ist die Zeitschrift

unterdessen zum Forum für einen freien Gedankenaustausch geworden; ihr Name – etwa »Freies Denken« – ist insoweit Programm. Davon zeugt heute noch der Leninorden, der nach wie vor auf dem Umschlag prangt, wenn auch nur verschämt auf dem zweiten Deckblatt und dem Leser daher nicht sogleich ins Auge fallend.

* Der Autor, ehemaliger SWP-Mitarbeiter, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.

»Hybrid« gewesen, also ein künstliches Gebilde, zusammengesetzt aus vielen verschiedenen Elementen: Demokratie wie Autoritarismus, Selbstherrschaft wie Oligarchie, Nepotismus und Favoritentum, wie sie für die Regime von Sultanen kennzeichnend seien. Der spontane und ungeordnete Gang der Dinge unter Jelzin habe, so Ševcova, an die Probe eines nicht eingespielten Blasorchesters erinnert. Doch zeigt die Autorin im nachhinein eine gewisse Sympathie für diese Dissonanzen: Immerhin hätten sich Macht und Gesellschaft frei in völlig unterschiedliche Richtungen entwickeln können – sowohl in Richtung einer Festigung der demokratischen Institutionen wie in Richtung einer Oligarchie. Und der Autoritarismus sei offen dahergekommen und nicht versteckt wie gegenwärtig. Ševcovas Urteil ist gleichwohl negativ: Das Jelzin-Regime habe eine gewisse Stabilität zu garantieren vermocht; doch zu konsequenten Reformen und einer Modernisierung der Gesellschaft sei es völlig unfähig gewesen. Stagnation sowie eine Herabsetzung der Macht seien die Folgen gewesen. Letztlich habe es sich beim Regime Jelzin um eine *Wahlautokratie* gehandelt, also um die Herrschaft eines Mannes, die allerdings der Legitimation durch Wahlen bedürftig habe, da sich alle anderen Legitimationsweisen – Ideologie, Gewalt, Einheitspartei – erschöpft hätten.

Präsident Putin habe, so Ševcova in Fortsetzung ihrer Analyse, das Jelzin-Regime gründlich umgestaltet. Er habe die politische Landschaft schnell befestigt und die bis dahin fragmentierten wesentlichen Instrumente der Macht in seinen Händen konzentriert. Methode seiner Machtausübung sei die Unterordnung unter seinen Willen und seine Entscheidungen, Grundlage seiner Herrschaft die zentrale Bürokratie und die Rechtsschutzorgane. Damit ist für Ševcova auch das Putin-Regime eine Wahlautokratie, nur habe es einen neuen Antriebsriemen erhalten: die Exekutive und loyale Kader, also nicht länger, wie bei Jelzin, politischen Kuhhandel und Verlaß auf zeitweilige Weggefährten.

Hat sich Putins Modell der Wahlautokratie bewährt? Hat der Präsident die Logik der Jelzinschen Konstruktion der Macht überwunden? Ševcova hält dagegen, Putin habe die im Jahr 2000 begonnene Festigung der politischen Landschaft in keinem einzigen Fall zu ihrem logischen Ende geführt: Die Oligarchen seien zwar eingeschüchtert, aber die Trennung von Macht und Big Business sowie die Schaffung gleicher Bedingungen für dessen Gruppierungen seien nicht gelungen; die Regionalfürsten seien zwar verstummt, ihr Einfluß auf die Politik Moskaus begrenzt, doch die quasiautoritären Regime in den Regionen existierten nach wie vor; die Opposition gegenüber dem Kreml sei praktisch liquidiert, doch bestehe nunmehr die Gefahr, daß sie nicht-systemischen Charakter annehme.

Den Grund für den von ihr gesehenen Mißerfolg der Politik Putins im ersten Jahr sieht Ševcova darin, daß das Zentrum nicht über zureichende Machtmittel verfüge und – zumindest bisher, wie die Autorin maliziös anfügt – nicht zur Anwendung von Gewalt bereit sei. Ohne die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt indessen könne, so die Autorin, das System der vertikalen Unterordnung, also die immer wieder berufene Machtvertikale Putins, in einer fragmentierten Gesellschaft wie der russischen nicht funktionieren. Und die statt dessen zur Erreichung der Unterordnung regelmäßig angewandte Taktik der Abschreckung, also die latente Androhung gravierender Nachteile für alle, die sich der Politik des Präsidenten widersetzen, könne allenfalls kurzfristig wirken: Wenn man sie nämlich zu häufig anwende, werde sie zwangsläufig als Zeichen der Machtlosigkeit des Kremls aufgefaßt.

Als Folge sieht die Autorin das Regime Putin immer häufiger genötigt, zur bewährten Methode der Jelzin-Zeit zu greifen, nämlich zu politischen Bartergeschäften, wie sie es ausdrückt. Gemeint ist nichts anderes als der politische Kuhhandel herkömmlicher Machart. Bei Putin nehme er regelmäßig die Form eines gewissen Zurückweichens gegenüber bestimmten Macht- und Einfluß-

gruppen an, gegen das Versprechen ihrer Loyalität gegenüber dem Kreml. So gewährt Putin manchem Provinzfürsten die an sich ausgeschlossene Möglichkeit einer erneuten Wiederwahl, also eine dritte Amtszeit, schenkt manchen Großgeschäftemachern im Unterschied zu anderen die Huld des Kremls und verfolgt Korruption sehr selektiv, läßt die russische Fahne zusammen mit der roten Fahne der Sowjetunion wehen, beides unter dem alten Zarenwappen, läßt die sowjetische Hymne mit neuen, nationalistisch-patriotischen Worten erklingen – und das alles, um, so Ševcova, auf diese Weise politische Vorteile einzufahren und sich insbesondere Gefolgschaft zu sichern.

Welche Aussichten hat dieses eigentümliche politische Hybrid, als das Ševcova das Regime Putin sieht? Kann die Verstärkung der administrativ-bürokratischen Basis und der vertikalen Beziehungen unter Beibehaltung der tragenden Konstruktion des Regimes Jelzin – so Ševcova begriffliche Zusammenfassung des Systems Putin – Stabilität gewährleisten? Kann es den politischen Rahmen für einen wirtschaftlichen Durchbruch bilden, also einen »Modernisierungsruck« stimulieren? Die Autorin ist skeptisch. Präsident Putin habe noch keinen wirksamen Antriebsriemen gefunden. Das gegenwärtige Regime bringe unausweichlich dieselben Konflikte und dieselben Begrenzungen hervor, die schon zur Stagnation der Jelzin-Zeit geführt hätten. Putins Herrschaft leide wie die von Jelzin unter systemimmanenten strukturellen Schwächen, die sich als Fallen darstellten.

Ševcova nennt einige Beispiele. So stärke, erstens, die Konzentration aller Macht hebel beim Kreml keineswegs den Staat als solchen, wie immer wieder als Ziel verkündet (»starker Staat«), sondern lediglich einen Teil, nämlich das Herrschaftssystem. Dies gehe auf Kosten einer Atrophie der komplexen und verzweigten Infrastruktur des Staates: Rechtspflege und kommunale Selbstverwaltung, Parlamentarismus und Mehrparteiensystem, die vielfältigen informellen Entwicklungskanäle der Gesell-

schaft – sie alle würden beeinträchtigt, würden eingefroren, wie die Autorin es ausdrückt. Präsidentschaft und Staatlichkeit werden also, so Ševcova, gleichgesetzt, und damit letztlich Präsident und Staat.

Zweitens bremse die Formierung des Systems Putin die Entwicklung der Bürgergesellschaft. Erneut drohe das Regime wenn nicht die Gesellschaft zu verschlingen, so doch auf den embryonalen Zustand der Zeit vor Jelzin zurückzuwerfen.

Drittens führe die fehlende Verteilung der Verantwortlichkeiten auf die einzelnen politischen Subjekte und zwischen ihnen unausweichlich zum Gegenteil, nämlich zur Verbreitung der Verantwortungslosigkeit. Ševcova nennt ein Beispiel, das in der Tat veranschaulicht, was sie meint: So habe beim Brand des Moskauer Fernsehturms Ostankino niemand gewagt, die notwendige Entscheidung zu treffen, nämlich die Stromzufuhr abzuschalten. Alle hätten vielmehr auf die Entscheidung des Präsidenten gewartet – mit bekannten Folgen. Dies kennzeichne die Besonderheiten des Machtmechanismus nach Art einer Machtpyramide. Die allmächtige Führung erweise sich in letzter Instanz als machtlos – eine Erscheinung, für die es genügend historische Beispiele gebe.

Viertens schließlich, so wörtlich die Autorin, »ist bei der Existenz nur eines Subjektes in der politischen Landschaft, das seinerseits kaum von der Gesellschaft abhängig ist und sich selbst reproduziert, die Konsolidierung sowohl des Regimes wie der Gesellschaft unmöglich. Der Führungsschiedsrichter kann nur insoweit existieren, als der Raum um ihn herum nicht konsolidiert ist und daher die Schiedsrichterrolle des Führers benötigt wird. Folglich wird jeder Führer im Rahmen einer Wahlautokratie genötigt sein, Widersprüche zu fördern und zu schaffen, um so die Notwendigkeit seiner Rolle als »über dem Streit stehend« zu rechtfertigen.«

Den von ihr geforderten »Modernisierungsruck« sieht Ševcova beim System Putin also nicht. Statt dessen weist sie auf eine ganz andere Erscheinung hin, die sie

für alarmierend hält: ein *Imitations-syndrom*, wie sie es nennt. Das Ausbleiben der angestrebten Resultate und die fehlende Bereitschaft, die Mißerfolge als solche anzuerkennen, führe das Zentrum wie die einzelnen Ministerien und Behörden immer öfter dazu, Erfolge zu imitieren. So werde das Bestehen einer Rechtsordnung imitiert, desgleichen das Bestehen gleicher Regeln für alle. Man imitiere ein Verständnis dessen, was im Lande vor sich geht; und auch der behauptete Sieg im Tschetschenienkrieg sei nichts als ein Imitat. Andere Beispiele ließen sich hinzufügen: So ist etwa die immer wieder herbeigeredete »Größe« (*veliĉie*) Rußlands, sein Status als »Große Macht« (*velikaja deržava*) ebenfalls nichts anderes als eine Imitation tatsächlicher Stärke; gleiches gilt für die nach dem Treffen von Genua aufgestellte Behauptung, nunmehr ein vollwertiges Mitglied der G-8 zu sein. Und auch wenn man, wie gegenwärtig, den – doch sehr fragilen und den nicht nur, aber vor allem auf dem hohen Ölpreis und auf Importsubstitution beruhenden – Wirtschaftsaufschwung als Beleg dafür nimmt, daß Rußland nun auch wirtschaftlich eine Großmacht sei, gibt man etwas vor, was nicht oder zumindest noch nicht vorhanden ist. Ein anderes Beispiel: Gegenwärtig versucht der Kreml, die Zivilgesellschaft dadurch zu schaffen, daß sämtliche russische NGOs oder jedenfalls die, die man für potentiell staatstragend hält, in einer Dachorganisation beim Präsidenten zusammengefaßt werden und dies als Zivilgesellschaft ausgegeben wird – wiederum ein Imitat. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Letztlich ist auch Putins »gelenkte Demokratie« nichts anderes als ein Imitat von Demokratie, allerdings kein besonders gelungenes, wie man hinzufügen muß.

Ševcova hält den Prozeß der Imitierung für verhängnisvoll. Er erzeuge den Eindruck, Ergebnisse seien leicht zu erzielen, selbst wenn man untätig bleibe oder unprofessionell handle. Es werde die Illusion von Erfolg geschaffen. Das Regime gehe in die virtuelle Welt über und bewege sich damit losgelöst von den realen Prozessen in der

Gesellschaft. Ševcova weist damit auf eine Erscheinung hin, die generell Kennzeichen autoritärer Regime ist: auf die eigene Welt, in der diese Regime leben, und auf die damit verbundene Tendenz, der eigenen Propaganda zu glauben.

Eine weitere gefährliche Folge der Machtkonstruktion des Systems Putin sieht Ševcova in der Abhängigkeit des Präsidenten von den Strukturen, auf denen seine Macht aufbaue. So sei das Regime zum einen in hohem Ausmaß von der öffentlichen Meinung, vom Rating des Präsidenten abhängig – und damit auch von der Manipulation der öffentlichen Meinung und ihren Manipulatoren, also von Polit-technologen, die den Präsidenten auf das Verhalten festzulegen versuchten, das sich bei den Wahlen bewährt habe. Der Präsident werde damit zum Gefangenen des eigenen Image. Infolgedessen könne er sich nur schwer an strukturelle Reformen wagen, die sein Rating beeinträchtigen könnten; sei er zunehmend gezwungen, die unabdingbare Lösung realer Aufgaben zu ignorieren, wenn dies sein Image beschädigen könnte. Zum zweiten stärke die Schwächung aller Institutionen außer der Präsidentschaft die Abhängigkeit des Präsidenten vom Apparat und von der allen Reformversuchen ablehnend gegenüberstehenden Bürokratie. All dies führe zwar, so Ševcova, zu einer Art Stabilität. Doch das sei allenfalls die Stabilität des Status quo, aber keine Bewegung nach vorn. Generell habe der Kreml keine zielgerichtete Modernisierungsstrategie entwickelt.

In ihrem Fazit bezieht sich Ševcova auf die vom Kreml verkündete Abfolge der Politik des Präsidenten: zunächst Konsolidierung der Herrschaftsverhältnisse, dann Beginn von Reformen. In der Tat sei die Periode des Sammelns der Ressourcen vorbei; nun sei es Zeit, diese Ressourcen für einen innovativen Durchbruch anzuwenden. Doch könne das, so die Autorin, mit den gegenwärtigen Machtmechanismen nicht gelingen: Die »gelenkte Demokratie«, der Inbegriff dieser Mechanismen, führe zu einer Atmosphäre der Verantwortungslosigkeit.

keit. Und im Rahmen des Modells der Unterordnung, auf dem die gegenwärtige Führung aufbaue, sei ein Durchbruch nicht möglich. Schließlich: Wer die russische Bürokratie in ihrem jetzigen Zustand zur Stütze seines Regimes mache, verurteile jede Hoffnung auf Modernisierung von vornherein zum Scheitern.

Ševcova beschließt ihren Artikel mit dem Urteil, daß die Wahllautokratie, selbst in ihrer gegenwärtigen, gewandelten Gestalt, weder Stabilität noch einen Durchbruch bei den Reformen zu gewährleisten vermöge. Rußland wird, so kann man die Autorin verstehen, einmal mehr zum Opfer seiner eigenen Mythen: Wer das gegenwärtige Machtsystem mit der alten russischen Tradition der Konzentration der Macht in einer Hand rechtfertige, vergesse völlig, wohin dies wiederholt geführt habe: zum Zusammenbruch des Staates.

Den einzigen Ausweg aus der Sackgasse sieht Ševcova in der Aufgabe des Modells der Machtkonzentration in einer Hand. Selbständige Institutionen müßten geschaffen werden, die ihrerseits – dies offenbar ein diskreter Hinweis an den Präsidenten – allein in der Lage seien, eine effektive und verantwortungsvolle Funktion des Präsidentenamtes selbst zu gewährleisten. »Einstweilen indessen«, so die Autorin in ihrem letzten Satz, »geht die Bewegung leider in die entgegengesetzte Richtung, und es stellt sich nur die Frage, welchen Preis Gesellschaft und Staat für die Überwindung des Glaubens an die Alleinherrschaft zahlen werden, den zu überwinden unter Jelzin nicht gelungen ist.«

Wider die »Demokratie mit Adjektiven«

In ähnliche Richtung wie Ševcova argumentieren viele Teilnehmer einer von der gesellschaftlich-politischen Vereinigung Otečestvo (Vaterland) unter der Schirmherrschaft ihres Vorsitzenden **Jurij Lužkov**, des Moskauer Oberbürgermeisters, organisierten Konferenz zum Thema »Rußland: Ist

der Weg gewählt?«. Die wesentlichen Beiträge dieser Konferenz sind in der Märznummer von *Svobodnaja mysl'* erschienen. Sie geben einen guten Überblick über die Meinungen derer, die bei den Präsidenten- und den Dumawahlen 1999/2000 Lužkov und Primakov unterstützten oder zuneigten und nicht Vladimir Putin.

M. A. Krasnov, Vizepräsident der Stiftung INDEM (Informatik für die Demokratie), bejaht die der Konferenz gestellte Frage: Der Weg für Rußland sei in dem Sinne gewählt, daß eine vermeintliche Idee – der starke Staat – auf den Plan getreten sei. Aber Krasnov stellt fest: Dieser Weg führe in die Sackgasse, könne also gar kein Weg für Rußland sein. **Lužkov** selbst, ebenfalls Teilnehmer der Konferenz, stimmt in der Sache zu und unterstreicht: Wie auch der Weg Rußlands aussehe, immer müsse es im politischen Leben mehrere Auffassungen geben, zwischen denen die Gesellschaft dann wählen könne. Man weiß, was und wen er im Auge hat, wenn er ausruft, für Rußland sei es lebensgefährlich, wenn es wieder zur Einheitlichkeit des Denkens komme, wenn es wieder ausgeschlossen sei, daß man in freier Diskussion unterschiedliche Strategien für die Entwicklung des Landes erarbeite.² **Georgij Satarov**, Präsident von INDEM, ist ebenfalls skeptisch. Die Machtvertikale, mit ihrem Aufbau nach Art einer hierarchischen Pyramide, in der jeder jeweils Befehlsempfänger sei, könne kein sinnvolles Instrument für die Verwaltung Rußlands sein: weil sie nicht dem komplizierten Aufbau der Gesellschaft entspreche. Und die ständige Forderung nach dem starken Staat führe zur Vertauschung von Ziel und Mitteln: Der starke Staat werde vom Mittel zum Ziel, also zum Selbstzweck. Das habe man schon einmal gehabt – mit verheerenden Folgen für Rußland. Wem verdanke man diese gefährliche Entwicklung? Satarovs Antwort: dem Bedürfnis der Gesellschaft nach einer bonapartistischen

² So sehr man Lužkov in dieser Auffassung zustimmt, würde man doch gern wissen, wie er es selbst gehalten hätte, wäre er in das höchste Amt Rußlands gewählt worden.

Phase im Jahre 1999 und dem Erscheinen entsprechender Figuren.

Igor' Bunin, Direktor des Zentrums für politische Technologie, hält den vom Präsidenten eingeschlagenen Weg – Stärkung der Machtvertikale bei Beibehaltung der formalen demokratischen Institute – für sich gesehen noch nicht für gefährlich. Aber dieser Weg gabelte sich ständig; das entscheidende sei, welcher Gabelung man jeweils folge. Wollte man die demokratischen Institute lediglich formal beibehalten? Oder sollte das System der »checks and balances« auf dem gegenwärtigen, wenn auch schwachen Stand erhalten werden? Wollte der Staat sich konsolidieren *und* modernisieren oder *nur* konsolidieren, mit der Folge eines Absterbens der demokratischen Institute und letztlich auch des Staates? Wie werde man den Wunsch der Gesellschaft nach Ordnung erfüllen: in Form einer Rechtsordnung oder einer administrativ-bürokratischen Ordnung? Schließlich: Wie werde künftig das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen gestaltet sein, wie insbesondere würden die finanziellen und kulturellen sowie die Herrschaftsressourcen verteilt werden – zur weiteren Stärkung des Zentrums zum Nachteil der Regionen oder zum allmählichen Ausgleich der Disproportionen zwischen den unterschiedlich entwickelten Territorien der Föderation?

Zum Schluß seiner Ausführungen spricht Bunin das entscheidende Problem an. Der politischen Reform fehle ein Subjekt, das seiner Aufgabe – der Reform des Staates – gewachsen sei. So müsse das Regime sich selbst reformieren, gleichsam aus sich heraus. Und darin eben liege der Widerspruch: Die Bewegung hin zu einem modernen Staat müsse von denen getragen werden, die der alten Staatlichkeit anhängen. Deswegen, so möchte man ergänzen, besteht auch stets die Gefahr, daß die Reformen, so sie denn unternommen werden, nicht greifen. **A. Mel'vil'** sieht diese in sich widersprüchliche Lage ebenfalls; er glaubt für sie das richtige Rezept zu haben: Wenn Putin es mit den marktwirtschaftlichen

und politischen Reformen, von denen er immer spreche, wirklich ernst meine, dann müsse er mit aller Härte gegen diejenigen vorgehen, die ihn an die Macht gebracht hätten – ein ebenso richtiger wie, bisher jedenfalls, vergeblicher Aufruf. Auch Mel'vil' wendet sich im übrigen gegen die »Demokratie mit Adjektiven«, wie er es nennt, die inzwischen in Rußland überhand genommen hätten: »delegative Demokratie«, »autoritäre Demokratie« und eben »gelenkte Demokratie« sowie ähnliches mehr. Diese Begriffe seien nichts anderes als eine Fassade, hinter der diejenigen Kreise ihre Absichten versteckten, die mit Demokratie nichts im Sinn hätten. Bunin meint dasselbe, wenn er darauf hinweist, der Zusatz »gelenkt« beraube den Begriff »Demokratie« vollkommen seines Sinnes. Eine »gelenkte Demokratie« zu verteidigen sei unmöglich, ebenso wie man – eine Anspielung auf den entsprechenden Ausspruch in Bulgakovs Roman »Der Meister und Margarita« – unmöglich die Vorzüge eines »Störs zweiter Frische« würdigen könne.

Sergej Šachraj schließlich, Professor am MGIMO und früher in mehreren Funktionen Weggefährte Jelzins, spricht ein weiteres Problem an, an das sich kaum jemand wagt, weil dies als politisch höchst unkorrekt gilt. Früher habe man von den »neuen Russen« und der »mittleren Klasse« – so im Russischen wörtlich für »Mittelklasse« – gesprochen. Jetzt müsse man aus beiden Begriffen einen neuen formen: »mittlere Russen«, also die – das russische Wort »srednij« (mittel) hat alle diese Bedeutungen – »mittelmäßigen« oder »durchschnittlichen« Russen. Sie sieht Šachraj als die eigentliche Gefahr an:

»Mittlere Russen« – das ist die ungeheure Masse der Bevölkerung, deren Präsident Putin ist, obschon weder der Präsident noch die »mittleren Russen« sich dieser Tatsache wirklich bewußt geworden sind. »Mittlere Russen« – das ist keine Klasse, das ist keine Elite, das sind wirklich mittelmäßige Menschen. Sie empfinden Feindschaft allem gegenüber, was sich von ihrem

äußerst durchschnittlichen Niveau abhebt. Sie können die Elite und die ›Neunmal-klugen‹ nicht ausstehen; sie applaudieren Putin, wenn er die Oligarchen ›in die Enge treibt‹ und die Tschetschenen ›kaltmacht‹.³ Sie empfinden Befriedigung bei der Wahrnehmung der ›harten Hand‹ nicht deshalb, weil dies Ordnung bedeutet, sondern weil ›es mit uns anders nicht geht‹. Die ›mittleren Russen‹ entsprechen in ihrer Masse der herkömmlichen Definition der ›aggressiv-willfähigen Mehrheit‹.»

Šachrajs Ausführungen treffen den Kern des gegenwärtigen Machtsystems: In der Tat ist die große Schicht der »mittleren Russen« die Machtbasis des Regimes Putin. Sie lassen sich ohne viel Mühe manipulieren, sind Material in den Händen der Polittechnologien, die maßgeblich geholfen haben, Putin an die Macht zu bringen und ihn dort zu halten. Die Einstellung der »mittleren Russen« ist bekannt, ebenso ihre Vorlieben und ihre Abneigungen, ihre Vorurteile und ihre Sehnsüchte. Die Spin-Doktoren des Kremls (Kommunikationsberater) brauchen nur die entsprechenden Empfindungen zu bedienen und ihre darauf abgestellten Manipulationsinstrumente über das Fernsehen, das eigentliche Machtmedium, zu transportieren, um ihre Machtziele zu erreichen. All dies läßt für die Zukunft weitere Ansätze der Machttechnologien zu entsprechender Beeinflussung erwarten, wenn erneut die Macht gesichert und befestigt werden muß. Zu diesem Zweck lassen sich die »mittleren Russen« im übrigen noch in ganz andere Richtungen lenken als bisher, wie es die politische Notwendigkeit gerade erfordert. Dabei läßt sich gegebenenfalls auch die profunde Abneigung gegen den »Westen« nutzen, die bei den »mittleren Russen« festzustellen ist. Es bleibt damit die Gefahr einer, wie es

³ Wörtliche Zitate aus Reden oder Interviews Putins. Das russische Verb *mocit'* wird hier mit »kaltmachen« übersetzt. Wörtlich heißt es »naßmachen«, was im russischen Jargon gleichbedeutend ist mit »umbringen«. Bekanntlich hat sich Putin dafür ausgesprochen, tschetschenische Terroristen überallhin zu verfolgen und sie gegebenenfalls auch »auf dem Klo kaltzumachen«.

Andrej Sacharow seinerzeit in deutlichen Worten ausgedrückt hat,⁴ »Infektion der Menschen durch Massenmythen, die, in den Händen hinterhältiger Heuchler und Demagogen, in blutige Diktaturen umgesetzt werden können«. Immerhin ist Fortschritt festzustellen: Von »blutigen Diktaturen« kann heute nicht mehr die Rede sein; dafür gibt es andere, subtiler wirkende Machtmittel.

Die Gruppe der »mittleren Russen« und diejenigen, die sich ihrer bedienen, hat offenbar **A. I. Muzykantskij**, Minister für Information der Stadtregierung Moskau, im Sinn, wenn er abschließend anmerkt, die Gesellschaft müsse alles tun, damit das Erscheinen von »Zauberern« in Rußland künftig unmöglich sei. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Muzykantskij mit diesen »Zauberern« die Spin-Doktoren des Kremls meint, die nahezu aus dem politischen Nichts einen Präsidenten geschaffen haben. Oder hat er gar den Präsidenten selbst im Auge?

Eine schwunglose Modernisierung?

Eine ausgewogene Verteilung von Kritikern und Befürwortern der Politik des Präsidenten findet sich in der Juniausgabe der *Literaturnaja gazeta* unter der Überschrift »Die Mannschaft Putins: Womit kann sie Rußland helfen?«. Es ist die Wiedergabe der Diskussion eines ›Runden Tisches‹, den die Zeitung organisiert hat. Hier finden sich zunächst Kritiker von einer ganz anderen Seite. Ihnen geht Putin in seiner Politik nicht weit genug, nimmt zu viel Rücksicht auf Kreise und Vorstellungen, die – ein Schimpfwort bei diesen Autoren – »liberal« geprägt seien. So fragt **Aleksander Cipko**, Kommentator der *Literaturnaja gazeta* und ausgewiesener Patriot, warum sich der Präsident im Fernsehen mit den »anämischen Leitern ebenso anämischer Organisationen« – gemeint sind russische NGOs – zeige, um seine Sorge um die Bürgergesellschaft kundzutun, warum er die Idee der

⁴ Zitiert in: Moscow Times, 23.5.2001, S. 10.

Sozialdemokratie wieder hervorhole, sich mit so unpopulären Unterfangen assoziiere wie der Privatisierung der Bodenschätze oder der Reform des kommunalen Wohnungswesens, warum er sich plötzlich als Gegner der Todesstrafe hervortue. Was ist bei diesem Vorgehen Taktik, was innere Überzeugung, möchte Cipko gerne wissen. Niemand bezweifle Putins patriotische Überzeugungen und seine Ergebenheit gegenüber Rußland. Doch die Menschen verglichen immer öfter die patriotischen Worte des Präsidenten mit seiner realen Politik, und zwar vor allem – Cipko ist mit der Außenpolitik Putins offenbar zufrieden – im Innern des Landes. Skeptiker, so der Autor, begännen davon zu sprechen, daß der Patriotismus des Präsidenten nur PR sei. Cipko hat einen Trost: Der russische Mensch sei stark in seinem Glauben, in seiner Liebe zum neuen Führer.

Auch **Sergej Kurginjan**, Präsident einer nebulösen Stiftung, aber nicht ohne Einfluß unter den Patrioten, macht Putin ebenfalls Vorwürfe aus dieser Richtung. Der Präsident sei beim Vorgehen gegen den Fernsehsender NTW zu nachgiebig gewesen: Der an die Stelle des alten NTW getretene neue Sender gleichen Namens kritisiere die »Vorgänge« in Tschetschenien wie der alte, nur noch schärfer. Kurginjan gefällt dies nicht, ebensowenig wie das, was er für mangelnden Einsatz des Präsidenten für eine Rezentralisierung Rußlands hält. Kurginjan ist für den Einheitsstaat: Nur so könnten genügend Kräfte mobilisiert werden, um die großen Probleme, vor denen Rußland stehe, zu bewältigen. Aber der Präsident tue nichts in dieser Richtung, ruft er anklagend aus. Die Idee seiner Mannschaft sei richtig: Modernisierung mit Elementen von Autoritarismus, eine Modernisierung von Staats wegen, wie Kurginjan sie nennt. Aber wie kann dieses Konzept verwirklicht werden? Nähern wir uns diesem Ziel? Dies sind seine zweifelnden Fragen.

Aleksej Puškov dagegen, Moderator einer angesehenen Magazinsendung beim Moskauer Fernsehsender TVC, sieht gerade in einer zu schnellen und zu radikalen

Modernisierung Gefahren. Wenn die Reformen mit ihrem ganzen schrecklichen Gewicht über die Bevölkerung hereinbrächen, könne es wirklich zu einer ernstesten Krise kommen. Doch er beruhigt sich und seine Gesprächspartner: So schlimm werde es schon nicht werden. Zu einem totalen, frontalen Zusammenstoß der liberalen Grundsätze mit der Gesellschaft werde es nicht kommen. Man müsse eben eine Art von Puffersystem einrichten, das die finanziellen Folgen der Reformen im Bereich der Kommunalwirtschaft (Mieten, Wasser, Strom) abfedere. Natürlich beeinträchtige das die Reformen. Aber, so Puškovs abschließendes Urteil, eine schwunglose, sich hinziehende Modernisierung sei nun einmal das Los der gegenwärtigen russischen Gesellschaft. Also erneut, so muß man Puškovs wohl interpretieren, »muddling through« und damit »business as usual« – nur auf höherem Niveau.

Für **Andrej Rjabov**, Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Zentrums, scheinen mit Putin offenbar rosige Zeiten angebrochen zu sein. Im ersten Jahr habe der Präsident die Grundlage für seine Macht geschaffen; jetzt gehe er zu realer Politik über. Zu diesem Zweck habe er sich die notwendigen Machtmittel verschafft: Unliebsamer Massenmedien habe er sich entledigt, die Parteien seien durch das neue Parteiengesetz gefügig gemacht, die Zivilgesellschaft werde von oben eingerichtet, gesellschaftliche Organisationen könnten also nicht mehr querschießen. Schließlich habe sich das russische Big Business um den Präsidenten geschart. Wer jetzt noch – dies offensichtlich eine Kritik Rjabovs an seiner Kollegin Ševcova – die Abhängigkeit Putins von seinem Rating anführe und seinen Populismus anprangere, beschreibe den Putin des ersten Amtsjahres, während der jetzige Präsident schon in einer ganz anderen politischen Periode lebe. Rjabov sieht mit Putin eine Art Rußland AG heraufkommen, mit 10 bis 12 Industrie- und Handelskonglomeraten, also Superunternehmen, ähnlich den koreanischen »chaebols«, die große Unternehmen aufkauften und die kleinen und

mittleren Unternehmen erdrückten und die infolge ihres Reichtums an Rohstoffen und ihres riesigen Apparates ihre Investitionen selber planen, also auch ohne Bankensystem auskommen könnten.⁵

Der Politologe **Aleksej Zudin** will alle die Projekte, die gegenwärtig von der Duma verabschiedet werden, unter dem Begriff »Große Reform« zusammenfassen. Dabei sei die Hauptsache, daß die föderale, also die Moskauer Elite wieder ihren zentralen Platz eingenommen habe. Alle anderen würden sich unterordnen, und das sei gut so. **Igor' Kljamkin**, der bedeutende Soziologe und Vize-Präsident der Stiftung »Libérale Mission«, sieht das nicht so positiv. Zwar hält er das hohe Rating des Präsidenten im Unterschied zu Lilija Ševcova für keinesfalls gefährdet, doch sei seine Lage gleichwohl schwierig. Mit den alten Methoden könne man Rußland nicht modernisieren – weder die Rezepte Peters des Großen noch Josef Stalins seien heute anwendbar. Und auch – wie Putin – den gesamten Exportsektor der russischen Industrie um sich zu scharen sei keine Methode, um das Land zu reformieren. Rußland habe seine zivilisatorischen Vorräte erschöpft – darin bestehe die schwierige Lage des Präsidenten.

Tschetschenien: der unkontrollierbare Krieg

Der unter vorstehender Überschrift in der Julinummer der *Obščaja gazeta*, dem Blatt der Moskauer Intelligenz, erschienene Artikel ist die Wiedergabe der Diskussion eines »Runden Tisches«, den die Redaktion zum Problem Tschetschenien organisiert hat, und zwar, wie Chefredakteur **Egor Jakovlev** zu Beginn schreibt, aus der Verpflichtung des Bürgers heraus, die Antikriegsbewegung zu unterstützen. Mit der Veröffentlichung will Jakovlev Aufklärung, politische Bildung im besten Sinne des Wortes betreiben: Die gegenwärtige Etappe

des Krieges soll beleuchtet, die politischen, rechtlichen und sozialen Aspekte seines neuen Stadiums sollen dem Leser konkret dargestellt werden, weil man nur dann, so Jakovlev, die weitere Entwicklung des Krieges einschätzen könne.

Für **Bachtijar Achmedchanov**, den Korrespondenten des Blattes, der die letzten zwei Jahre meist im Kriegsgebiet verbracht hat, wird die gegenwärtige Etappe des Krieges in Tschetschenien durch zwei Züge charakterisiert. Zum einen wollten die Tschetschenen mit jedem Monat weniger Bürger Rußlands bleiben. Zu Beginn des Krieges hätten sie noch angenommen, daß nun Ordnung einkehre. Inzwischen müßten sie feststellen, daß Rußland ihnen nur Übel und Sorgen gebracht habe. In dieser Sicht bewege sie nur eine Frage: wie aus Rußland herauskommen? Zweites Kennzeichen der gegenwärtigen Etappe sei der Zerfall der Armee. Die russischen Streitkräfte in Tschetschenien seien nicht mehr zu kontrollieren. Russen brächten nicht nur Tschetschenen um, sondern auch sich gegenseitig – aus Habgier, um an die Ölquellen heranzukommen. Und auch die Generäle wollten in Tschetschenien vor allem eines: Geld.

Lev Gudkov, bedeutender Moskauer Soziologe und stellvertretender Direktor des Meinungsforschungsinstitutes VCIOM, wählt in seiner Analyse einen breiteren Ansatz. Er sieht im Tschetschenienkrieg weder einen Zufall noch eine antiterroristische Operation. Seiner Auffassung nach ist der Krieg ein Versuch des gegenwärtigen Regimes, den Zerfall der Strukturen sowjetischen Typs in der Gesellschaft aufzuhalten. Das sei gelungen: Es sei eine krasse Primitivisierung der russischen Gesellschaft eingetreten, eine Auffassung, die Gudkov in einem großen, aber höchsten Anforderungen stellenden Aufsatz in der elitären Zeitschrift *Neprikosnovennyj zapas* in beeindruckender Weise weiter ausführt (»Der Tschetschenienkrieg und das zusammengebrochene ›Wir«). Niemals zuvor, seit sein Institut entsprechende Untersuchungen durchführe, habe man eine derartige Explosion von Haß und Angst in Rußland feststellen können.

⁵ Dazu vgl. Andrej *Piontkovskij*, *Chaebols Are No Solution for Economy*, in: *The Russia Journal*, 3.-9.8.2001, S. 7.

Die gegenwärtige russische Führung stütze ihre Macht auf diese elementarsten Gefühle und auf den Wunsch der Bevölkerung nach Ordnung.

Der Krieg habe zu einem Anwachsen der gegen den Westen, gegen die Reformen und gegen die Demokratie gerichteten Gefühle geführt, zur Belebung und Konservierung einer Sowjetnostalgie. Doch diese negative Konsolidierung, durch die die Installierung eines neuen Regimes in Rußland ermöglicht worden sei, könne, so Gudkovs Prognose, nicht mehr lange anhalten. Seit Anfang des Jahres zeichne sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung ab. Der Anteil der »Falken« gehe zurück; die Stimmung gegen den Krieg beginne die Oberhand zu bekommen. Entsprechend wachse der Eindruck, daß der Krieg ohne Perspektive sei. Drei Viertel der Befragten sagten heute, Präsident Putin habe keine der Aufgaben erfüllt, die er sich gestellt habe. Der Krieg sei zum Partisanenkrieg geworden; er sei unführbar und ziehe, wenn er fortgesetzt werde, nicht nur den Zerfall der Armee nach sich, sondern auch den Zerfall der Gesellschaft. Sie sei bereits wieder von Apathie, Erbitterung, Verwirrung und Desorientiertheit gekennzeichnet.

Igor' Jakovenko vom russischen Journalistenverband weist auf die Möglichkeit hin, daß infolge des Tschetschenienkrieges im Nordkaukasus eine »nationale Befreiungsbewegung« entsteht. Gudkov nimmt dies auf und bezeichnet eine gesellschaftliche Explosion von der Art einer Intifada als außerordentlich gefährlich, und zwar auch und gerade für Tschetschenien selber; denn eine Intifada rufe solche Führer hervor, die nur zerstörerisch wirken könnten. Auch deshalb seien Friedensverhandlungen so notwendig, und zwar für Tschetschenien nicht weniger als für Rußland. Sie müßten zu einer völlig neuen Art von Beziehungen führen und sich von dem Ziel leiten lassen, das Leiden zu minimieren. Doch gegenwärtig, so Jakovlev abschließend, habe die Regierung in Moskau, der Präsident, keine wie auch immer geartete Vorstellung davon, wie ein Ausweg aussehen könne.

Fazit

Wie die Lektüre der zitierten Veröffentlichungen zeigt, wird die Debatte über die ersten anderthalb Jahre Putins auf hohem Niveau geführt. Die Analysen sind, selbst wenn sie in Kurzform daherkommen, tiefgründig; dabei nimmt die Bewertung Lilia Ševcovas, mag sie auch in manchem zu formal sein, sicher eine Ausnahmestellung ein. Unverkennbar ist, daß die kritischen Stimmen überwiegen. Manchen, die Putins Ansatz der autoritären Modernisierung für grundsätzlich richtig halten, ist er zu wenig autoritär; sie haben kein Verständnis für das, was sie für liberale Anwendungen des Präsidenten halten. Ihr milder Tadel würde vermutlich in Kritik ausarten, hätten sie die beiden Botschaften des Präsidenten an die Föderale Versammlung von 2000 und 2001 gelesen. In ihnen präsentiert sich Vladimir Putin vollends als Liberaler – was ihn allerdings nicht daran hindert, ganz anders zu handeln. Die meisten Autoren finden indessen im Gegenteil, daß der Präsident zu autoritär vorgeht, zu sehr auf das Prinzip der Unterordnung setzt. Am bedenklichsten ist mit Blick auf die Zukunft der Präsidentschaft Vladimir Putins vielleicht das geradezu düstere Urteil Igor' Kljamkins, Rußland habe seine zivilisatorischen Vorräte erschöpft.

Wohin die Reise wirklich geht, weiß niemand so recht zu sagen. Eine einleuchtende Erklärung dafür bietet der Kommentator des *informationspolitischen Kanals polit.ru* im Internet, **L. A. Sedov**, der wie Gudkov aus dem Meinungsforschungsinstitut VCIOM kommt. Wir befinden uns, schreibt er, im Mittelspiel einer komplizierten Schachpartie, in der die Großmeister schwer verständliche Manöver vollführen, deren Bedeutung den Zuschauern erst klar wird, wenn es zum Endspiel kommt. In dieser Sicht muß also weiter abgewartet werden. Auch für jeden Skeptiker wäre es schön, wenn bald sichtbar würde, daß der Präsident eine klare Modernisierungsstrategie verfolgt, die nicht nur Stabilität, sondern auch Demokratie zum Ziel hat. In jedem

Fall möchte man wünschen, daß die Befürchtung A. I. Muzykantskijs nicht eintritt: daß zu den zwei klassischen russischen Fragen – »Was tun?« und »Wer ist schuld?« – bald eine dritte, »die größte russische Frage« hinzutritt: »Wie ist das passiert?«

Aus folgenden Veröffentlichungen wird zitiert

Gudkov, Lev, Čečenskaja vojna i razvalivšeesja »my« (Der Tschetschenienkrieg und das zusammengebrochene »Wir«, in: Neprikosnovennyj zapas, 2 (2001) 16, S. 31–47

o.V., Komanda Putina: čem ona možet pomoč' Rossii? (Die Mannschaft Putins: Womit kann sie Rußland helfen?), in: Literaturnaja gazeta, 30 (5842), 25.–31.7.2001

o.V., Rossija: vybran li put'? (Rußland: Ist der Weg gewählt?), in: Svobodnaja mysl', (2001) 3, S. 4–28

o.V., Rossija–Čečnja. Žarkoe leto 2001 goda (Rußland–Tschetschenien. Der heiße Sommer des Jahres 2001), in: Obščaja gazeta, 30 (26.7.–1.8.2001), S. 4

Sedov, L. A., Poltora goda prezidentstva V. Putina (Anderthalb Jahre Präsidentschaft V. Putins), in: polit.ru, 7.8.2001 (<http://www.polit.ru/documents/434213.html>)

Ševcova, Lilija, Logika vybornogo samoderžavija (Die Logik der Wahlautokratie), in: Svobodnaja mysl', (2001) 4, S. 26–33

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf